

**Sonstiger Antrag Nr.**

Z028

**Beantragt von**

[Florian 'branleb' Zumkeller-Quast](#), [Michael 'Mchl' Gugel](#) und  
[Tobias 'Natural' Zawisla](#)

**Titel**

Positionspapier Laizismus: Bundesebene: Kirchensteuer

**Antrag**

Der Einzug einer Kirchensteuer durch den Staat ist ein Privileg der Kirchen- bzw. Glaubensgemeinschaften, welche als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt sind. Es ist mit einem laizistischen Staat nicht vereinbar, dass Beamte Vorgänge bearbeiten, die eigentlich Aufgabe der einzelnen Glaubensgemeinschaften wären.

Auch lehnen wir die durch die Kirchensteuer notwendige Erfassung der Religionszugehörigkeit ab, da die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft oder Kirche Teil der individuellen Privatsphäre ist. Derartige persönliche Daten sollten im Zuge der Datensparsamkeit grundsätzlich nicht erfasst, gespeichert oder gar dem Arbeitgeber zugänglich gemacht werden, wie es bisher der Fall ist.

Wir streben daher eine Änderung von Art 140 GG an, sodass § 137 (6) WRV keine Gültigkeit mehr besitzt.

**Begründung**

Eingearbeitet, der Antrag ist ein Modul des Antrages für ein Positionspapier zum [Laizismus](#)